



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe 1. Mai 2025

Friedensfähig statt kriegstüchtig!

Bernstein, Harting, Melitta oder ZF in Lemförde – in vielen Betrieben werden auch in unserer Region Arbeitsplätze vernichtet. Deutschland befindet sich im dritten Jahr in der Rezession. Die Kaufkraft sinkt; die Tarifierhöhungen können die Inflationsverluste und steigende Mieten und Nebenkosten nicht ausgleichen. Die hohen Energiekosten werden von der Industrie beklagt; doch der Grund, die Sanktionen gegen Russland, nicht erwähnt.

Trump will Industrie in die USA abwandern lassen. Was unter Biden mit Lockungen durch niedrige Energiepreisen und Subventionen geschah, wird unter Trump mit rabiater Zollpolitik betrieben. Nicht ohne Erfolg. Ablesbar an dem Prozess der Deindustrialisierung in Deutschland.

Die Lasten sollen den Beschäftigten aufgebürdet werden. Perspektiven werden zerstört, Mehrarbeit verlangt und Lohnverzicht gefordert, damit die Gewinne weiter sprudeln.

Die Verlockungen der Rüstungsindustrie

Der eigentlich bereits abgewählte Bundestag hat noch schnell beschlossen, dass die künftigen Rüstungsausgaben unbegrenzt steigen dürfen. Die Schuldenbremse ist für sie außer Kraft gesetzt.

Begierig stürzen sich nicht nur Rheinmetall, sondern auch VW und andere Konzerne auf diese Mittel. Für VW, Porsche, Schaeffler und andere wäre das die Rückkehr zu einer Tradition, die sie vor 1945 mit Rüstung und Krieg reich gemacht hat.

Die Rüstungsindustrie wird nun als Rettungsanker für die Arbeitsplätze gehandelt. Erste Werke wurden bereits übernommen und auf Rüstungsproduktion umgestellt.

Für den Großteil der Entlassenen wird es aber damit keine Perspektive geben.

Im zivilen Bereich könnten mit denselben Mitteln viel mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ausgaben für Rüstung sind Verschwendung. Sie erhöhen nicht den gesellschaftlichen Reichtum. Man könnte auch gleich für die Tonne produzieren.

Sie fressen die Mittel für drängende Ausgaben: Bildung, Pflege, Wohnen, für die Bewältigung der Klimakrise. Aufrüstung und Krieg beschleunigen die ökologische Zerstörung.

Und nicht zuletzt: Kriegswirtschaft drängt nach immer mehr Geld. Krieg ist ihr Geschäft. Letztlich drängt es zum Krieg.

Militarisierung gegen Demokratie

Kriegswirtschaft ist immer verbunden mit der militaristischen Durchdringung der Gesellschaft auf allen Ebenen. So wird über die „Kriegstüchtigkeit“ von Hochschulen und des Gesundheitssystems diskutiert. Die Militarisierung ist unvereinbar mit Demokratie. Sie ist unvereinbar mit gewerkschaftlichen Re-

Fortsetzung nächste Seite



Ostermarsch in Bielefeld

Foto: Eigenes Foto

Friedensfähig statt kriegstüchtig! Diplomatie statt Krieg! Zehntausende waren bei den Ostermärschen dabei. Jugendbündnisse protestierten insbesondere gegen die Reaktivierung der Wehrpflicht. Die Angst vor einer Zukunft im Zeichen der Militarisierung wächst – vor allem bei jungen Menschen.

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt: Jetzt unterschreiben!



<https://nie-wieder-krieg.org/>



Der Landesbezirksvorstand der ver.di Baden-Württemberg lehnt die Stationierung der US-Mittelstreckenwaffen ab: „Die Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von knapp 3.000 km hat das Potential, von Deutschland aus Ziele von strategischer Bedeutung in der Tiefe Russlands nach kurzer, verdeckter Vorbereitung anzugreifen. (...) Statt weiter an der Rüstungsspirale zu drehen, wäre es notwendig, wieder zu einer Politik von Rüstungsverhandlungen und einer neuen Entspannungspolitik zurückzukehren.“

UZ KOSTENLOS TESTEN!
unsere zeit - Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP



Die UZ online:
www.unsere-zeit.de

ten, mit Mitbestimmung oder gar dem Streikrecht. Bereits im sogenannten Spannungsfall können Grundrechte außer Kraft gesetzt werden.

Militarisierung und Sozialabbau gehen Hand in Hand.

Bereits im Bundeshaushalt 2024 wurde enorm gekürzt, allein beim Gesundheits-

etat ein Drittel, um die Rüstungsausgaben zu finanzieren. Das wird fortgesetzt werden. Die Zinsen für die enormen Schuldenberge müssen beglichen werden, weitere Steuersenkungen für Konzerne hat die neue Koalition vorgesehen.

Wer glaubt, mit horrenden Militärausgaben die Krise bewältigen zu können, wird zwar viel für die Gewinne der Rüstungsprofiteure tun, aber doch nur den Niedergang dieses Landes beschleunigen.

Gewerkschaften sind daher gut beraten, sich gegen Hochrüstung und Militarisierung zu wenden.

Unsere demokratischen und sozialen Rechte können nur im Frieden gedeihen.

Um die drängenden Menschheitsprobleme zu lösen, sind internationale Kooperation und Entspannungspolitik unverzichtbar.

Zukunft geht nur mit Abrüstung. ★

Steht bald der Russe vor der Tür?

In den Talkshows und anderen Medien treten Menschen als Experten auf, die einen baldigen Einmarsch der Russen in das Gebiet der NATO oder gar in Deutschland in den nächsten Jahren vorhersagen.

Einer der Stichwortgeber ist Christian Mölling von der DGAP. Diese Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik wird u.a. von der Rüstungsindustrie finanziert. Dank des Kurses auf „Kriegstüchtigkeit“ steigen deren Aktienurse und Gewinne. Kriegsängste schüren liegt in ihrem Geschäftsinteresse.

Andere Militärexperten sind weniger zu vernehmen. Der deutsche Ex-Generalsinspekteur Harald Kujat z.B. hält Behauptungen von einem bevorstehenden russischen Angriffskrieg schlicht für „Unsinn“.

Russland droht der EU nicht mit Krieg. Für das Gegenteil gibt es schlicht keine Beweise.

Erste Frage: Was sollte Russland bei uns suchen, was es nicht hat? Die kaputte Infrastruktur? Die Schuldenberge? Wichtige Rohstoffe sind Fehlanzeige.

Zweite Frage: Wer ist überhaupt angriffs-

fähig?

Eine Studie von Greenpeace liefert eindeutige Zahlen.

Die NATO-Staaten geben mit 1190 Milliarden US-Dollar fast das Zehnfache dessen aus, was Russland in sein Militär investiert (127 Milliarden US-Dollar). Selbst ohne die USA bleiben die NATO-Staaten mit 430 Milliarden US-Dollar deutlich voraus.

In sämtlichen Großwaffensystemen übertrifft die NATO Russland mindestens dreifach.

Die NATO unterhält mit rund 3,3 Millionen Soldat:innen mehr als doppelt so viele wie Russland. Und von denen sind die meisten noch jenseits des Urals stationiert.

Lediglich auf dem Gebiet der **Atomwaffen** gibt es ein annäherndes Gleichgewicht des Schreckens, d.h. es gibt die Fähigkeit zur gegenseitigen Vernichtung.

Greenpeace mahnt zur Umkehr: „Die *anhaltende Aufrüstung bringt nicht mehr Sicherheit – sie erhöht das Risiko einer weiteren Eskalation.*“

Nur Abrüstung macht die Welt sicherer! ★

Endlich Geld für Infrastruktur?

500 Milliarden Sonderschulden sollen für die Infrastruktur aufgenommen werden.

Der Investitionsstau ist erheblich; bei Krankenhäusern, Schulen, im Wohnungsbau. Wer mit der Bahn fährt, kann den Zerfall der Infrastruktur oft erleben.

Doch wer nun hofft, dass hier Rettung naht, dürfte sich getäuscht sehen. Militärische Kriterien werden eine führende Rolle spielen. Der ehemalige Verkehrsminister Wissing dazu: „Wir reden über Infrastruktur, bei der Straße und auch bei

der Schiene, die wir zur Verteidigung unseres Landes brauchen.“

Der geheime „Operationsplan Deutschland“ sieht vor, unser Land zur Drehscheibe für die nach Osten vorrückenden Truppen auszubauen. Dazu braucht es natürlich auch panzertaugliche Brücken. Und die eine oder andere ausgebaute Schienenverbindung.

Auch Krankenhäuser sollen auf „kriegstüchtig“ getrimmt werden. Damit sie die Verwundeten behandeln können. Mit 1000 am Tag wird gerechnet.

Merz, der BlackRock-Kanzler

Merz arbeitete von 2016 bis 2020 für BlackRock und sollte dessen Expansion in Deutschland vorantreiben.

BlackRock bekommt sein Kapital von den Multimilliardären und Multimillionären dieser Welt und soll die Superreichen noch reicher machen. Dementsprechend ist das Weltbild von Merz.

Der Sozialstaat ist ihm suspekt, die gesetzliche Rentenversicherung möchte er ganz durch ein privates System ersetzen. Überhaupt geht ihm Privat vor Staat, selbst bei Schulen und Hochschulen. Arme sollen noch weiter verzichten, damit die Reichen noch mehr haben.

Sein 2008 erschienenes Buch „Mehr Kapitalismus wagen“ lässt tief blicken. Wir werden also viele Gründe haben, uns gemeinsam, mit der Kraft aller Gewerkschaften zu wehren! ★


DKP Minden
dcp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden,
V.i.S.d.P.: R. Liebau, Hardenbergstr. 23,
32427 Minden

So sind in Köln z.B. unterirdische Operationssäle geplant. Als ob ein Krieg in Mitteleuropa führbar wäre und nicht alles in Schutt und Asche liegen würde, zudem atomar verstrahlt.

Die unbegrenzten Rüstungsmilliarden und die Hunderte von Milliarden für das Investitionsprogramm gehören ausdrücklich zusammen. Sie sollen uns Bürgerinnen und Bürgern Sand in die Augen streuen und uns beruhigen, sollen möglichst unsere Zustimmung zur „Kriegsfähigkeit“ erreichen.

Wir sagen NEIN! ★